Die ukrainische Phase eines dritten Weltkrieges?

Interview mit Dimitrios Patelis¹

Gudrun Havemann (G.H.): Wie werden die derzeitigen Ereignisse in der Ukraine unter griechischen Linken gedeutet?

Dimitrios Patelis (G.P.): Soweit ich das verfolgen kann, gibt es bei vielen Linken bei uns wie auch in Russland leider nur ein oberflächliches, reflexhaftes Herangehen an die neue Situation. Einige teilen das vorherrschende Narrativ, demzufolge ein gewisser unschuldiger Staat, der sich auf dem Weg zu seiner Unabhängigkeit und Souveränität befand, dabei gerechtfertigter Weise seine eigenen Bündnisse zu schmieden versuchte und dafür einfach nur seine Verteidigungsfähigkeiten aufbauen wollte, plötzlich von einem brutalen Aggressor überfallen wurde, der ein schauerliches Blutvergießen in Gang setzte. Neben dieser offiziellen Variante der Legende, die flächendeckend und »alternativlos« in sämtlichen westlichen Medien in Umlauf gebracht wurde, wird noch eine andere Version vertreten, nämlich die abstrakt-pazifistische. Einige verurteilen diesen Krieg aus

ihrer antiimperialistischen Haltung heraus, in schlichtem Analogieschluss zu 1914, als einen Krieg zwischen imperialistischen Mächten. Beide Versionen laufen praktisch leider auf das Gleiche hinaus: Ihre Anhänger belasten sich nicht weiter mit der Frage, in welcher Epoche wir eigentlich gerade leben, welche treibenden Kräfte in den gesellschaftlichen Veränderungen auf globaler, regionaler, nationaler Ebene wirksam sind, wessen ökonomischen, politischen, sozialen, militärischen Interessen hier gegen einanderstoßen, von welcher Art die Widersprüche sind, in deren Ergebnis dieser Krieg entfesselt wurde ... Ich weiß nicht, wie es bei euch aussieht, aber bei uns herrscht so eine clip-mäßige, selektive Wahrnehmung vor, die unfähig scheint, sich mit historisch längerfristigen, komplexeren Zusammenhängen zu befassen. Unsere im Parlament vertretene KKE hat sich jedenfalls wenig darum bemüht, zu erkunden, welche realen Veränderungen sich in der kapitalistischen Welt seit Lenins Imperialis-

¹ Dr. Dimitrios Patelis ist Philosophieprofessor an der Technischen Universität Kreta. Das am 2.4.2022 geführte Interview knüpft an Ausführungen des Autors in seiner Videokonferenz mit Teilnehmern marxistischer Studienkreise in Russland vom 13.3.2022 an. – Gudrun Havemann

mus-Theorie vollzogen haben, seit den frühsozialistischen Revolutionen und den anticolonialen Befreiungsbewegungen, seit Aufstieg und Zerfall der UdSSR und der osteuropäischen staatssozialistischen Länder, mit der Restauration der Kapitalherrschaft in dieser Region, mit den Umwälzungen in der Weltwirtschaft durch wissenschaftlich-technische Revolution, Digitalisierung und Globalisierung der Produktions- und Austauschprozesse und was das alles für eine linke Bewegung zu bedeuten hat. In der Regel grassiert der nackte Empirismus bzw. Pragmatismus.

G.H.: In deinen wissenschaftlichen Arbeiten² untersuchst du die wesentlichen Strukturmerkmale des aktuellen Stadiums imperialistischer Globalisierung genauer und konstaterst, dass sich das kapitalistische Weltsystem in einer dritten tiefen Strukturkrise befindet. Die beiden vorangegangenen Strukturkrisen hätten sich in zwei Weltkriegen entladen. Heute siehst du bereits eine ganze Welle militärischer Zusammenstöße von globaler Dimension im Gange, zu denen du den Ukraine-Krieg als eine Phase dieser Welle zählst. Würdest du diese Position kurz erläutern, bevor wir auf die unmittelbaren Kontrahenten des Ukraine-Kriegs zu sprechen kommen?

D.P.: Der wesentliche Unterschied des gegenwärtigen Imperialismus-Stadiums zu dem von Lenin seinerzeit analysierten liegt aus meiner Sicht in der tendenziellen Unterordnung der Menschheit unter die Herrschaft transnationaler Monopolgruppen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene. In diesem Stadium kommt es zu strukturellen Veränderungen in der internationalen und regionalen Arbeitsteilung, die es erforderlich machen, die Rahmenbedingungen für die extensive und intensive Entwicklung kapitalistischer Produktion neu zu bestimmen. Begleitet wird das von der tendenziellen Subsumtion

aller Kapitalformen unter das Finanzkapital und Kreditsystem, unter die Finanzoligarchie als deren Funktionsträger. Das betrifft die verschiedensten und höchst vermittelten und komplexen Eigentumsformen, es betrifft die verschiedensten Ebenen des fiktiven Kapitals mit all seinen Möglichkeiten, den realen produktiven und unproduktiven Prozessen der Reproduktion seinen Stempel aufzudrücken oder die Kontrolle über diese oder jene Produktionsbereiche und Regionen der Welt zu erlangen.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung, mit der Entwicklung der Kommunikationstechnologien, der Nanotechnologien, Biotechnologien und Technologien zur Kosmoserkundung beeinflusst die technologische Umwälzung der Produktion im Rahmen des derzeitigen imperialistischen Entwicklungsstadiums nicht mehr nur den bloßen Warenhandel und Kapitalexport, wie zu Lenins Zeiten, sondern bringt Veränderungen im Inneren des Produktions- und Reproduktionsprozesses mit sich: Es bilden sich bereits technologische und organisatorische Grundlagen für die Vereinigung der Menschheit auf Ebene des Produktionsprozesses heraus. Doch bleibt dieser Prozess im Rahmen des Konkurrenzkampfes zwischen transnationalen Monopolgruppen und aufgrund der realen Subsumtion der globalen Arbeiterklasse unter die Finanzoligarchie stecken.

In diesem Zusammenhang entstehen immer wieder bestimmte Arten von Widersprüchen, die ganz offensichtlich im Rahmen dieses Gesellschaftssystems auf friedlichem Wege unlösbar sind. Daraus erwachsen Anlässe für einen imperialistischen Weltkrieg, mit dessen Hilfe das Kapital versucht, innerhalb des gegebenen globalen Kräfteverhältnisses sich selbst und seine Produktion zu restrukturieren, und, auf den jeweils erreichten Stand seiner Technologien setzend, technisch-wirtschaftliche Vorteile im globalen Kräfteringen um die Erzielung von Extraprofiten zu erlangen, darunter auch

2 Vgl. die Auswahl einiger Veröffentlichungen im Anhang

auf Kosten aller abhängigen Länder und aller kleiner dimensionierten Kapitalformen. ...

Obwohl sich die derzeitige dritte Strukturkrise bereits in den 1970 Jahren im Zuge der sogenannten Ölkrise anbahnte, ließ sich jedoch ihre »Entladung« zunächst aufschieben, weil die zuvor erreichte Schranke der extensiven Entwicklung weit verschoben werden konnte: Die Natur- und Arbeitskraftressourcen der ehemals sozialistischen Länder boten nach deren Zusammenbruch den traditionellen Zentren des Weltkapitals plötzlich riesige Entfaltungsmöglichkeiten. Sie ermöglichten ihm, seine inneren Krisenmomente abzufedern bzw. vor sich her zu schieben, letztlich bis zum Jahre 2006/2008, wo sie in der Weltfinanzkrise wieder offen zutage traten. Diese dritte große Strukturkrise ist insofern unikal, dass sie sich bis heute fortsetzt, sogar ungeachtet der Pandemie, die bereits viele Möglichkeiten zur Kapitalzerstörung mit sich brachte, einschließlich der damit einhergegangenen Außerwertsetzung der Hauptproduktivkraft Mensch: 6 Millionen Menschen verstarben weltweit infolge der Pandemie. Im Zuge der Pandemie-Bekämpfung konnten zudem weitere neoliberale Manipulationstechniken erprobt werden. Dass die Krise bis heute nicht überwunden werden konnte, lässt befürchten, dass nun, zwecks Entladung der Spannungen, erneut eine offenere Variante, ein heißer, imperialistischer Weltkrieg, ein dritter Weltkrieg forciert wird.

Professor Vazulin sprach bereits vor der Jahrtausendwende von einem zu beobachtenden »eigenartigen, in der Geschichte bisher beispiellosen, zeitweilig aufflammenden und zeitweilig sich wieder beruhigenden dritten ›heißten‹ Weltkrieg«. ³

G. H.: Du siehst den derzeitigen Angriff auf die Ukraine also nicht als ersten Akt eines möglichen, sondern als weiteres Kettenglied eines schon ausgebrochenen Krieges?

D. P.: Erste Akte dieses Krieges fanden ja schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Frühsozialismus in der Sowjetunion und in den Ländern ihrer osteuropäischen Verbündeten statt: Der Golfkrieg endete mit der Zerstörung des Iraks. Sodann folgte die Zerstörung Jugoslawiens – beide Prozesse setzen sich bis heute fort. Schon damals vertraten Spezialisten und Strategen des Imperialismus, aber auch nüchterne Marxisten die Ansicht: Was bei der militärischen Zerstörung Jugoslawiens geschah, könnte als Blaupause dafür dienen, wie künftig der größte Staatsverband behandelt werden wird, der nach der Auflösung der UdSSR noch übriggeblieben war – also Russland selbst. Die im Jugoslawienkrieg erworbene Erfahrung schien den westlichen Strategen zu bestätigen, dass man die »ungerechtfertigte« Existenz eines so großen Staates mit so reichen Naturschätzen nicht einfach hinnehmen müsse. Zbigniew Brzeziński (wie mit und nach ihm auch andere wichtige Vordenker der US-Geostrategie) hielt es für vernünftig, die Russische Föderation mindestens in acht Staaten aufzuteilen und diese ihrer Rolle entsprechend an die euroatlantische Achse anzuschließen, was für die Entwicklung dieser Achse unabdingbar sei. Russland mit der Ukraine sei eine Supermacht, ohne Ukraine dagegen nur eine Regionalmacht, die kontrolliert, untergeordnet und aufgeteilt werden könne.

Nach dem Irak und Jugoslawien wurden bekanntlich auch Afghanistan, Libyen und Syrien zu Schauplätzen auflodernder Weltkriegsaktionen gemacht. In Syrien wurden Aktivitäten von acht bis zehn Staaten beobachtet (natürlich mit ganz verschiedenen Rollen und Dimensionen ihrer Beteiligung): War das etwa ein Bürgerkrieg des syrischen Volkes, ein lokaler oder regionaler Konflikt? Das anzunehmen wäre sehr naiv. Wie viele Staaten waren beteiligt, als Jugoslawien zerstört wurde? Zumindest doch alle EU- und NATO-Staaten und ihre Verbündeten. Analoge Schlüsse lassen sich in Bezug auf den

3 Vgl. Vazulin, V. A., Logik der Geschichte, Norderstedt 2011, S. 358.

Irak, die Zerstörung Libyens, auf Afghanistan oder Jemen beziehen, in dem es schon Millionen Opfer gibt und keiner darüber spricht, und wo an der Spitze derjenigen Koalition, die gerade einen Genozid gegen das jemenitische Volk verübt, der strategische NATO-Partner Saudi-Arabien steht.

Als andere Version der Widerspruchs-entladung erwiesen sich Versuche zum »Regime Change« in verschiedenen Ländern, durch gezielte Unterstützung verschiedener »Farbrevolutionen« oder des »Arabischen Frühlings«. Trotz vielerorts gehegter Hoffnungen und Illusionen in Hinblick auf den revolutionären Charakter solcher Bewegungen führten diese durch ihre konterrevolutionäre Vereinnahmung letztlich stets zum Gegenteil – nämlich zur Stärkung der euroatlantischen Achse.

Die traditionellen Hegemonialmächte, also Nordamerika unter Führung der USA, die Europäische Union unter Führung Deutschlands und das japanisch geführte fernöstliche Machtzentrum greifen zu immer gewaltförmigeren Mitteln der Umverteilung ihrer Einflussphären, aber auch der Umverteilung ihrer Kontrollmöglichkeiten über unbotmäßige Staaten oder andere politische Akteure und Bündnisse. Durch hybride Beeinflussung oder direkte militärische Einmischung streben sie danach, die Entfaltung eines alternativen Entwicklungspols auf der Erde zu vereiteln, ja überhaupt beliebige Möglichkeiten alternativer Entwicklung zu verhindern. Sie sind bestrebt, mit aller Macht die Herausbildung von Subjekten jeglicher alternativer Varianten der wirtschaftlichen, politischen, militärischen, selbst kulturellen Tätigkeiten verschiedener Länder und Völker zu blockieren.

In meinen Augen handelt es sich also nicht um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, nicht mal zwischen Russland und der NATO, sondern um einen beginnenden Krieg gegen den Hegemonialanspruch des alten, noch starken, aber im Abstieg befindlichen euroatlantischen imperialistischen Machtblocks, der

insbesondere in den letzten 30 Jahren der Welt seine neoliberale Ordnung aufzuzwingen vermochte.

»Im Abstieg befindlich« ist nicht im militärischen Sinne gemeint, denn da steht bekanntlich ein gigantisches Potential bereit, das bis zuletzt ausgereizt werden wird, worin die große Gefahr der aktuellen Konfrontation liegt, sondern im Sinne des Verlustes seiner wirtschaftlichen Position im globalen Kräfteverhältnis, gegenüber dem anderen, aufsteigenden Pol.

G.H.: Worin erkennst du einen solchen alternativen Gegenpol zu den traditionellen Hegemonialmächten?

D.P.: Zu ihrem alternativen Gegenpol entwickelt sich die wirtschaftlich in rasantem Tempo aufsteigende Volksrepublik China, um die herum sich eine Gruppe von Ländern und Bündnissen sammelt, die sich zunehmend der Unterordnung unter die Hegemonie der euroatlantischen Achsenmächte widersetzen. Russland rechne ich dazu.

Bis vor kurzem ging auch ich davon aus, dass China längst ein kapitalistisches Land unter vielen sei. Nach eingehenderen eigenen Recherchen zu Wirtschaft, Politik, Sozialstruktur, Kultur dieser Gesellschaft komme ich heute zu einem anderen Schluss. Ich sehe in der VR China das Ergebnis einer zweiten großen frühsozialistischen Revolution, entstanden im Rahmen des revolutionären Weltprozesses des 20. Jahrhunderts, deren Existenzdauer als sozialistisch ausgerichtetes Land demnächst die der Sowjetunion übertreffen wird. China hat eine höchst widersprüchliche Entwicklung hinter sich: Der Auftakt als bürgerkriegs- und interventionskriegsgeschädigtes, rückständiges Land mit einer Produktivität, die noch weit hinter der des zaristischen Russlands 1913 lag, führte über eine Art »Kasernensozialismus« zu ersten Versuchen einer Industrialisierung, die zunächst nur durch die Unterstützung der UdSSR gelingen konnten und über Umwege sowie unter Inkaufnahme großer Opferzahlen in Gang gesetzt wurden. Nachdem sich China mit

der UdSSR tragischerweise überworfen hatte, suchte es ab den 1970er Jahren eine außenpolitische Anlehnung an die USA bzw. die euroatlantische Achse, die sich ihrerseits auch China gerne dienstbar machen wollte als Gegengewicht zur UdSSR und zum RGW. Gegen Ende der 1970er Jahre machten rasch aufblühende Freihandelszonen in den Küstengebieten von sich reden. Der Reformwut der KP und dem kapitalistischen Privatunternehmertum wurden keinerlei Grenzen mehr gesetzt. Damals war ich entsetzt – wurden denn jetzt alle Prinzipien fallengelassen? Doch muss ich anerkennen, mit welchem Erfolg es der chinesischen Führung gelang, zwar mittels der Versuch-und-Irrtum-Methode zu lavieren, aber ihr Schiff durch alle Gefahren hindurchzusteuern und dabei sehr bewusst die Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge der sowjetischen Führung im Zuge der Perestrojka-Reformen zu studieren und zu berücksichtigen, die bekanntlich zur Restauration des Kapitalismus führten ...

Im Ergebnis all dessen ist China wohl das erste große Land, das seine Rückständigkeit als koloniales Erbe der »Dritten Welt« überwand, in historisch kurzer Zeit Hunderte Millionen Menschen aus der Armut befreien konnte und auf einigen Gebieten beeindruckende wissenschaftlich-technisch revolutionäre Errungenschaften vorzuweisen hat.

G. H. Die hiesige Wahrnehmung Chinas als rasant aufsteigenden und daher tendenziell gefährlichen Global-Player des Weltkapitalismus geht meist einher mit der strikten Ablehnung seines autoritär-totalitären politischen Systems.

D. P.: Das ist nicht verwunderlich, aus meiner Sicht bedingen beide Fehldeutungen einander, entsprechen aber natürlich der üblichen, auf den bürgerlich-westlichen Horizont verengten Kritik an jeglichem Versuch in der Geschichte des 20. Jh., politisch mit der Dominanz des Kapitalverhältnisses und der Abhängigkeit von ihm zu brechen. Dieser Versuch konnte objektiv, infolge des internationalen Kräftever-

hältnisses, nirgends ohne diktatorische, autoritäre Elemente auskommen.

In Bezug auf China wird in der gewohnten Schwarz-Weiß-Malerei aber oft völlig unterschätzt, welche politisch viel differenzierteren Strukturen direkter und indirekter Demokratie sich inzwischen »trotz«, im Rahmen oder auch in Ausübung der so »berühmten« führenden Rolle der Kommunistischen Partei Chinas auf allen Verwaltungsebenen herausgebildet und entfaltet und die aktive politische Mitwirkung von vielen Millionen Menschen zur Voraussetzung haben. Natürlich lassen sich die anderen »Acht demokratischen Parteien und Gruppen« (falls man sie im Westen selbst überhaupt zur Kenntnis nimmt), die Wahlen zu den Volkskongressen auf allen Ebenen, die Prozesse politischer Konsultation, der parteigelenkten Aus- und Fortbildung einer großen Schicht von Verwaltungskadern leicht diffamieren als Feigenblatt für autoritäres Durchregieren einer kleinen Führungsclique, wie es ja auch immer schon gegen alle je existierenden Volksdemokratien versucht wurde. Ob dieses Bild aber den realen Veränderungen und Entwicklungen eines sehr lebendigen und ganz offensichtlich lernfähigen Staatswesens entspricht, wage ich sehr zu bezweifeln.

G. H.: Kommen wir zurück zu Russland: Welche besondere Rolle nimmt es in dieser neuen globalen Kräftekonstellation ein?

D. P.: Nicht erst im Zuge der Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine mit der Verkündung des »totalen Wirtschaftskriegs« gegen Russland zwang der euroatlantische Pol Russland noch nachhaltiger in Chinas Umarmung – und umgekehrt. Beiden trat er ja schon seit Jahren immer aggressiver entgegen. Es wird dabei genau registriert, dass Russland innerhalb dieses sich herausbildenden alternativen Pols das schwächere Glied ist.

In den dreißig Jahren seiner neuerlichen Herrschaft ist es dem russischen Kapital nicht gelungen, die wirtschaftliche Grundlage für eine elementare Unabhängigkeit und Souve-

ränität des Landes zu schaffen. Schaut man sich die russische Kapitalstruktur an, die Struktur der Wirtschaftstätigkeiten, die Exportstruktur, so lässt sich erkennen, dass Russland ein Land ist, das im Wesentlichen Rohstoffe und Energieträger exportiert, nur in sehr geringem Maße auch Industriegüter. Das macht es zu einem typischen Rohstoff-Anhängsel des imperialistischen Weltsystems. Wo Russland Monopole ausgebildet hat, betreffen sie allein Naturressourcen, nur vier russische Monopolgruppen fallen überhaupt unter die 100 weltweit größten Global-Player. Natürlich sähen sich die russischen Oligarchen selbst lieber als Akteure eines eigenständigen Wirtschaftsimperiums – das wäre nett für sie, aber wer lässt sie ein in den Klub? Wer würde es Russland denn je erlauben, statt Rohstoffanhängsel ein vollwertiger imperialistischer Mitspieler zu werden?

Leider neigen unsere griechischen Linken dazu, etwas zu verwechseln: Es ist nicht dasselbe, in einer imperialistischen Ära zu leben oder ein imperialistisches Land darzustellen. Obwohl bei Lenin studiert werden könnte, wozu es wichtig ist, die Dynamik des Kapitalismus als Weltganzem zu studieren, die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der einzelnen Länder, deren Ursachen und deren Folgen für ihre Beziehungen untereinander zu verfolgen, ihren Platz und ihre Rolle im globalen Kräftesystem, die globalen Ausbeutungsformen zu erkennen, ist bei uns leider ein mechanisches, statisches Weltbild im Umlauf: Darin scheint es so, als ob die Staaten dieses Weltsystems einzelne Steine einer Pyramide bilden, von denen einige eben an der Spitze stehen und andere an einem anderen Platz, und »Ausbeutung« findet allein innerhalb eines solchen »Steines« statt, während es zwischen ihnen lediglich Bündnisse oder eine Gegnerschaft gibt ... Alle »Steine« sind dann irgendwie imperialistisch und setzen eine imperialistische Politik durch. Dieses Schema ist nun aber wahrlich nicht geeignet, um die gegenwärtige Welt oder auch nur einen ihrer militärischen Konflikte

zu erfassen, ja, es fällt eigentlich hinter die Errungenschaften von Lenins Imperialismus-Theorie zurück.

Russlands besondere und zutiefst widersprüchliche Rolle ergibt sich daraus, dass es eben keine imperialistische Wirtschaftsgrößmacht darstellt, sondern einen subalternen, wenn auch nicht unwichtigen Rohstofflieferanten für die Weltwirtschaft, zugleich aber von der Sowjetunion den Status einer »Superpower« erbt, was sein militärisches Einsatzpotential betrifft. Russland ist eine atomar bewaffnete Streitmacht, die in der Lage wäre, nicht nur die USA, sondern den gesamten Planeten zu zerstören, ohne dass irgendeine Spur von Leben zurückbleibt.

Nun lässt sich feststellen, dass der oben skizzierte alternative Pol des globalen Kräfteverhältnisses unter Chinas Führung – ob man will oder nicht – ohne das von der Sowjetunion übernommene Militärpotential Russland sehr verwundbar wäre.

Die jetzt ausgelöste militärische Konfrontation ist schon aus dieser Hinsicht keineswegs als lokale zu begreifen, es handelt sich nicht einfach nur um die Aggression eines Staates gegen einen anderen, sondern objektiv um eine grundlegende, ausgreifende Konfrontation von globaler Dimension. Wenn dieser größere Rahmen ignoriert wird, kann man die gegenwärtige Situation gar nicht adäquat erfassen.

G. H.: Bleiben wir zunächst bei den unmittelbaren Kontrahenten: Wie erklärst du die Entscheidung der Putin-Regierung zum Krieg?

D. P.: Um keinen Zweifel zu lassen: Ich halte jeglichen Krieg, besonders aber den sich jetzt in der Ukraine fortsetzenden Weltkrieg, für eine furchtbare Tragödie. Krieg führt immer zu unermesslichem Leid, zu unersetzbaren menschlichen Verlusten, zu Zerstörung und Einschnitten in den Lebensbedingungen, in der materiellen und geistigen Kultur der Völker. Außerdem empfinde ich große Abscheu vor jeder Bourgeoisie und halte die russische

Bourgeoisie für eine der widerwärtigsten Spielarten von allen in der bisherigen Menschheitsgeschichte. Vor allem deswegen, weil sie sich parasitär gegenüber den über Jahrzehnte mit Blut und Schweiß aufgebauten Leistungen der sowjetischen Bevölkerung verhalten hat, genau das ist ihr wesentliches Merkmal.

Noch dazu konnte ich bei meinem Besuch im Donbass 2015 mit eigenen Augen sehen, wie – gelinde gesagt – unaufrichtig sich diese russische Bourgeoisie samt ihrem politischen Personal im Kreml gegenüber der Bevölkerung in den beiden Volksrepubliken verhalten hat, als diese über Jahre hinweg gegen die Kiewer Junta aufbegehrte und sich der militanten und mörderischen Aktionen gegen russischsprachige Mitbürger zu erwehren versuchte. Als die fortschrittlichsten Kräfte unter den Volksmilizen im Donbass schon tatsächlich einige erstaunliche Siege gegen Nazi-Bataillone und Teile der damals noch ziemlich desorganisierten ukrainischen Armee in Mariupol und Debaltzewe errungen hatten, verschwanden auf mystische Weise nach und nach alle Leute, die noch irgendwelche klaren Vorstellungen vom einstigen Ziel des bewaffneten antioligarchischen, antiimperialistischen, antifaschistischen Aufstands hegten, das mir damals vor Ort zum Beispiel eine Reihe von Bergarbeitern erklärten mit dem Satz: »Unsere Heimat ist die Sowjetunion«.

Das war natürlich das letzte, was die Führung der russischen Bourgeoisie in ihrer Nachbarschaft gebrauchen konnte. Daher führte sie lange eine so halbherzige Politik gegenüber dem Donbass durch, für den Konflikt ein und setzte der Bevölkerung die beiden Minsker Abkommen vor, mit den bekannten Folgen: Das Gemetzel ging unvermindert weiter. Hat man sich in Moskau oft dessen erinnert? Und diesen Leuten soll ich jetzt abnehmen, dass sie ganz plötzlich aus Patriotismus und Solidarität zugeben, es habe im Donbass einen Genozid gegeben, dem jetzt Einhalt zu gebieten sei? Natürlich nehme ich ihnen das nicht ab ...

G. H.: Schauen wir auf die ukrainische Seite. Du verwendest in Bezug auf die Kiewer Regierung den – für Griechen historisch besonders eindeutigen – Begriff der »Junta«. Warum hältst du ihn für angemessen?

D. P.: Für mich besteht kein Zweifel daran, dass wir es spätestens seit den Ereignissen im Zuge des westlich orchestrierten Staatsstreiches 2014 gegen die gewählte Regierung unter Janukowytsh in Kiew de facto mit einer Junta, einer rechten Diktatur zu tun haben, noch dazu einer, die mit den reaktionärsten Kräften der euroatlantischen Achse verflochten ist. Sie hat eine längere Vorgeschichte.

Schon vor dem Ende der Sowjetunion, seit über 30 Jahren, konnte die Entfaltung starker nationalistischer Tendenzen in der Ukraine beobachtet werden, wozu ich übrigens auch Versuche nationalpatriotischer Indoktrination von Teilen der Bevölkerung seitens einiger ukrainischer Kommunisten selbst zähle. Sprunghaft verbreiteten sich solche Tendenzen ab 1990/1991, als sich ein Teil dieser früheren sowjetischen Funktionäre in Akteure nationaler Wiedererweckung und kapitalistischer Restauration verwandelten. Seit dem ersten Verbot der 3 Millionen mitgliederstarken Kommunistischen Partei der Ukraine noch im August 1991 lässt sich an deren wechselvoller Geschichte und der ihrer Nachfolgeorganisationen bzw. anderer linker Parteien verfolgen, wie bis heute zielgerichtet an der Verbannung eines ganzen Spektrums politischer Kräfte und ideologischer Positionen aus dem öffentlichen Leben gearbeitet wird: Alles, was noch an die UdSSR, den Sozialismus oder Kommunismus erinnert, wird als strikt zu bekämpfende Ideologie eines totalitären Regimes von Okkupanten denunziert – die dazu 2015 erlassenen »Dekommunisierungsgesetze« sind bis heute in Kraft. Das ist insofern bemerkenswert, als dieser Kampf zugleich geführt wird im Gewand der Ernennung von Kollaborateuren der Wehrmachtsokkupanten zu ukrainischen Nationalhelden. Stepan-Bandera-Denkmäler schießen wie Pilze aus dem Boden, während systematisch alle

Denkmäler der Sowjetepoche geschleift und Erinnerungen an sie getilgt werden. Jährliche Aufmärsche von einigen Hunderten bis Tausenden Rechtsradikalen an den Jubiläen der Gründung der Ukrainischen Aufstandsarmee oder zwecks Ehrung der Waffen-SS-Division Galizien werden in Lwiw, inzwischen aber auch Kiew polizeilich beschützt und von der Stadtregierung geduldet, wenn nicht gefördert: Nazistische Symbole wie Wolfsangel und Totenkopf, Schlachtrufe wie »Ukraine über alles« gelten als legitim. Staatlich instruiert betreibt das Ukrainische Institut für Nationales Gedächtnis seit 2005 eine wissenschaftlich wie politisch höchst fragwürdige Geschichtsschreibung vor allem zwecks Umdeutung des Zweiten Weltkriegs und der Rolle der OUN und UPA darin; Generationen von Schulkindern werden bereits mit solchen neuen Lehrbüchern konfrontiert und mit dem Bandera-Gruß »Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm« erzogen. Systematisch scheint diese Ideologie immer weitere gesellschaftliche Strukturen zu durchdringen, insbesondere sind die inneren Sicherheitsorgane, der Nationale Sicherheitsrat, die Geheimdienststrukturen, das Innenministerium, Polizei und Armee längst auch personell mit Leuten dieser Prägung durchsetzt. Zu ihrer Ausbildung trugen nachweislich auch britische und amerikanische Geheimdienste bei. Diese bemühten sich schon seit Ende des 2. Weltkriegs und im Zuge des Kalten Krieges besonders um nationalistisch-profascistische Emigrantenkreise aus ganz Osteuropa. In den USA und auch in Kanada wurden dazu ganze »Forschungsinstitute« gegründet, in denen Ausbildung solcher Kader und ihrer Nachfahren in Techniken der Affekt- und Meinungsmanipulation bzw. militärisches Training großzügig finanziert wurden.

Die fortgeschrittene institutionelle Verankerung der ultranationalistischen Ideologie mit dem Hinweis zu leugnen, dass der jetzige Präsident doch jüdischer Herkunft und demokratisch gewählt sei und rechte Parteien im Parlament kaum eine Rolle mehr spielen würden, halte ich nicht nur für naiv, sondern für eine

höchst gefährliche Unterschätzung dieser Kräfte, die den Präsidenten selbst wohl auch stark unter Druck setzen.

Bei meinem Besuch im Donbass habe ich zudem leider ein klares Bild davon gewinnen müssen, was ein rassistisch-nazistischer Krieg gegen das eigene Volk in der Praxis bedeutet und dass das Wort »Genozid« in diesem Zusammenhang keine leere Phrase ist. Nicht nur 2014 in Odessa, nicht nur seit 2014 im Donbass, an verschiedenen Orten in der ganzen Ukraine hat es inzwischen Massenterror gegeben, ungezählte und unaufgeklärte politische Morde an Journalisten, Schriftstellern Intellektuellen, politischen Aktivisten; es sind Menschen verschwunden, deren entstellte Leichen später im Wald gefunden wurden, es gab Fälle, als am Morgen jemand öffentlich geredet hat und am Abend seine Wohnung mitsamt seiner Familie abgebrannt war; es wüteten und wüten auch jetzt paramilitärische-parastaatliche Formationen, ohne Strafe fürchten zu müssen, vor allem aber die Bataillone Asow, Ajdar, Donbass, Dnepr 1 und 2 – gegen die eigene Zivilbevölkerung, gegen vermeintliche »prorussische Saboteure und Kollaborateure«, und das nun auch an vorderster Front der ukrainischen Armee!

Inzwischen wurden mit Kriegsverlauf alle »prorussischen« Oppositionsparteien, Fernsehkanäle und übrige Medien in der Ukraine offiziell verboten.

G.H.: Wenn du von der »euroatlantischen Achse« sprichst, in die der heutige ukrainische Staat bereits involviert sei ...

D.P.: ... dann spreche ich nicht von einer äußerlichen Analogie, sondern von einer Tatsache. Und zwar in dem Sinne, dass es bestimmte überstaatliche Institutionen und Organisationen gibt, die gelenkt werden von den reaktionärsten, aggressivsten Teilen der internationalen Finanzoligarchie, des heutigen Monopolkapitalismus, an deren Spitze die politische und militärische Elite der USA steht und die von niemandem auf der Welt kontrolliert werden, die niemandem Rechenschaft schulden. Eben

diese Kreise haben die zahlreichen Militärinterventionen in den verschiedensten Regionen der Welt, die Flächenbombardements gegen Großstädte im Nahen Osten, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten missliebiger Staaten, diverse politische Störaktionen, Wirtschaftsblockaden, Operationen zum Regimewechsel, die »Farbrevolutionen« etc. veranlasst und zu verantworten. In eben solchen Institutionen, Organisationen, Think Tanks wurden die entsprechenden Akteure herangebildet, die dann u. a. auf die Ukraine, die baltischen Staaten, Georgien und anderswo losgelassen wurden und dort Regierungsposten, Ministerien, Ämter übernahmen; auch in Russland gibt es dafür Beispiele. Unter dem Jubel über den Sieg der jungen osteuropäischen Demokratien konnte in den Verfassungen von Estland und Lettland in den 1990er Jahren ein Apartheid-System juristisch verankert werden, in dem Bürger russischer Herkunft zu Nichtbürgern erklärt wurden.

Dass die NATO inzwischen tatsächlich eine bestimmte militärische Infrastruktur in der Ukraine, einem Nicht-NATO-Mitglied, aufgebaut hatte, wird inzwischen auch im Westen nicht mehr bestritten. Dass die Existenz zahlreicher amerikanischer Labore für die Herstellung von biologischen und chemischen Waffen nachgewiesen wurde, und zwar nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Armenien, Georgien, Kasachstan, ist für Experten kein Geheimnis.

So wurden und werden immer dichtere transnationale Netzwerke geknüpft, und offenbar erst die inneren, später dann die äußeren Bedingungen geschaffen, um weitergehende Aktionen im Sinne dieser Aggressionspolitik zum Erhalt der hegemonialen Rolle in der Welt zu ermöglichen.

Was sind wir für Idioten, in der Gemütlichkeit unseres Alltags und der Konsens-Illusion unserer Wohlstandsinsel befangen, die wir so tun, als ob uns das alles nicht beträfe?

Der Zynismus dieser absteigenden Hege-monialmacht ist grenzenlos, sie ist bereit, in der Ukraine kämpfen zu lassen »bis zum letzten

Ukrainer«, denn sie pfeift auf das ukrainische Volk wie auf jedes andere.

Wenn in Europas Mitte ein ultranationalistischer Staat als Aufmarschgebiet für US- und NATO-Truppen geschaffen wird – kann uns das wirklich egal sein?

Ein Staat von so großer Dimension und fortschreitender nationalistischer Profilierung als Aufmarschbasis für die euroatlantische Achse gegen einen manichäisch zur übermächtigen Bedrohung aufgeblähten Feind – so etwas hat die Geschichte bisher nicht gesehen. Mit einer Ausnahme: die vereinigte europäische Union von einst, mit ihrem bewaffneten Arm, der Achse der Antikomintern unter Führung von Nazi-Deutschland. Viele haben längst vergessen, dass die Sowjetunion damals im Krieg nicht allein gegen Deutschland, sondern gegen diese erste Variante eines vereinigten Europas stand, das sich in kontinentalem Ausmaß gegen die Sowjetunion konstituiert hatte.

Man stelle sich übrigens einmal vor und denke ein bisschen weiter, was es heißen könnte, wenn das gegenwärtige Kiewer Regime in diesem Krieg siegen und als Musterbeispiel für Heldentum in Europa Schule machen würde.

Und wenn dann im Gefolge dessen Raketenabschussrampen für Atomwaffen in einer Entfernung voneinander aufgestellt werden, mit sich so verringernden Vorwarnzeiten, dass jeder beliebige Zufall, jedes geringste Missverständnis dazu führen kann, nicht nur Moskau, Russland, Europa, sondern die ganze Welt auszulöschen: Kann uns das egal sein?

Genau wegen dieser Problemlage aber ließ sich Russland in diesen Krieg ziehen, und genau dieser Eskalationsgefahr sind wir nun alle ausgesetzt!

G. H.: Könnte das nicht dahingehend missverstanden werden, dass Russland damit von der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zu entlasten wäre?

D. P.: Nein, die russische Führung ist in keiner Hinsicht von Verantwortung frei zu sprechen.

Als sich nach dem Staatsstreich in Kiew und seinen politischen Folgen 2014 die Volksrepubliken im Donbass bildeten, nachdem sie sich nach Referenden über ihre Autonomie dazu berechtigt fühlten, war das dem Kreml doch ziemlich egal.

Wenn nun, nach acht Jahren opferreicher militärischer Gegenwehr durch diese Republiken, die im Februar 2022 losgetretene ukrainische Offensive eine restlose »Säuberung« der »Separatistengebiete« von ihrer russischsprachigen Bevölkerung bewirkt hätte, hätte es den Kreml mehr als nur Gesichtsverlust gekostet. Man weiß dort sehr wohl, wie Regimewechsel organisiert werden.

Es war womöglich der Schnittpunkt all jener Umstände – die sich zuspitzende Lage im Donbass, die dazu zwang, nun doch der dortigen Bevölkerung gegen die neuerliche ukrainische Offensive beizustehen, die ausdrückliche Weigerung des Westens zur Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen und darüber hinaus vermutlich auch das Erkennen einer Möglichkeit, einen befristeten militärtechnischen Vorteil auszuspielen – der der russischen Führung im Februar den Schluss nahegelegt haben könnte, es habe sich für sie ein Handlungsfenster geöffnet, was dann schließlich zur Entscheidung über ihre »militärische Spezialoperation« führte. Das könnte ihr Verständnis für Verantwortung in dieser Situation gewesen sein.

Zugleich scheint es aber auch einige verheerende Fehlkalkulationen gegeben zu haben.

Die betreffen aus meiner Sicht die Fehleinschätzung der Haltung der ukrainischen Bevölkerung, obwohl die lange angeheizte Russophobie ja bekannt war, wie auch die Unterschätzung des Potentials des militärisch-industriellen Komplexes und der Infrastruktur für die Luft- und Seestreitkräfte der Ukraine, das seit Jahrzehnten durch US- und NATO-Unterstützung modernisiert bzw. neu geschaffen wurde. Es gibt Einschätzungen von Militärexperten, die die ukrainische Armee für die kampffähigste NATO-Armee halten – Armee eines Landes,

das formal der NATO nicht angehört. Im Zustand der Mobilmachung umfasst diese übrigens über 500.000 Soldaten. Die russische Armee ist mit einem Kontingent von weniger als 200.000 Soldaten eingerückt, obwohl jeder Experte weiß, dass selbst bei technischer Überlegenheit die eigene Truppenstärke zu der des Gegners im Verhältnis von 3:1 stehen sollte, wenn man diesen dann wirklich zu bezwingen beabsichtigt.

G. H.: Was ein Sieg der Ukraine bei weiterer militärischer Unterstützung der euroatlantischen Achse bedeuten könnte, hast du oben angedeutet. Ein Sieg Russlands scheint aber genauso wenig sicher oder möglich. Kann Russland überhaupt kapitulieren?

D. P.: Das ist ja gerade das Problem, nein, das kann diese Führung nicht zulassen, schon weil sie eine Woche später hinweggefegt werden würde. Sie kann aber diese »Spezialoperation« auch nicht mit Erfolg zu Ende führen. Wo immer ihre Truppen bisher Territorien eroberten, besetzten, befreiten – möge sich jeder eines treffenden Begriffs bedienen – und wo immer sie weiter vormarschieren, rückten ukrainische Truppen aus dem Hinterland nach, rechneten mit »Saboteuren« ab, teilten neue Waffen aus und stellten die »Ordnung« wieder her ...

Nein, sie können so ihre Ziele nicht erreichen.

Mitunter wird unterstellt, wir seien »Putin-Versteher«. Ich selbst hege keinerlei Illusionen hinsichtlich dieser Regierung.

In der jetzigen Situation kann ich dagegen nur eine Chance entdecken, nämlich die unikale Chance für die Linke, endlich klar zu erkennen, dass der Kreml nicht imstande ist, weder diese selbst verkündete Aufgabe zu Ende zu bringen, noch die Wirtschaft oder Gesellschaft für einen solchen Krieg zu mobilisieren. Die russische Bourgeoisie und ihr politisches Personal beweist mit ihrer beschränkten historischen Perspektive dem Volk ihre völlige Untauglichkeit, die Existenz Russlands und seiner Bevölkerung selbst sicherzustellen.

G.H.: Die unter den meisten Menschen verbreitete Hoffnung auf Waffenstillstand und Friedenskompromisse, damit der Krieg endlich aufhöre, scheint zur Zeit nur wenige verantwortliche Akteure umzutreiben. Im Westen hat sich eine antirussische Einheitsfront gebildet, die Waffen liefert, statt Verhandlungen zu erzwingen, sie scheint so geschlossen wie nie zuvor. Die Entwicklung von Nationalismus und Militarismus, die Gefahr politischen Rechtsrucks wird auch in Westeuropa immer spürbarer.

D.P.: Diese Sorge ist völlig berechtigt. Sowohl im Ergebnis eines Sieges, als auch einer Niederlage der Ukraine wird der Prozess der Faschisierung auch hier voranschreiten, weil Krieg genau das befördert – Krieg befördert Nationalismus, Hass, Feindbilder und weiteren Krieg!

Was wir jetzt sehen, ist womöglich nur ein Präludium, es betrifft das »schwache« Glied, das »starke« aber ist China und der gesamte sich darum bildende Block unbotmäßiger Staaten mit antikolonialen, antiimperialistischen Traditionen, wie Kuba, Vietnam, Nordkorea, Laos, Iran, Nikaragua, Venezuela, Bolivien u. a.

Man schaue sich nur das Abstimmungsverhalten in der UNO an, an dem wir erkennen können, dass es sich nicht um einen Konflikt zwischen zwei imperialistischen Mächten handelt. Wir schmoren in unserer EU so in unserem eigenen Saft, dass wir uns nur in der Verurteilung des Angriffskrieges durch die Mehrheit der UNO-Mitgliedsländer bestätigt fühlen – nicht aber auch die mehrheitliche Ablehnung des »totalen Wirtschaftskrieges« gegen Russland wahrnehmen.

Wir wollen auch überhaupt nicht wahrhaben, dass wir, die wir zu den privilegierten Bevölkerungsschichten der »Goldmilliarde« gehören, zu den Ländern der transatlantischen Achse, global gesehen in der Minderheit sind, in jeglicher Hinsicht, wirtschaftlich, sozial, demographisch. Es scheint uns nicht zu beunruhigen, dass diese Achse nicht im geringsten daran denkt, ihren traditionellen

Hegemonialanspruch aufzugeben, womöglich zurückzustecken zugunsten einer ausbalancierteren Entwicklungsweise aller Länder – eher scheint sie bereit dazu, die ganze Menschheit zu vernichten, als zurückzustecken. Und deswegen gibt es diesen Krieg. Er ist nicht erst am 24. Februar ausgebrochen.

Und es steht zu befürchten, dass er nicht auf die jetzt betroffene Region beschränkt bleibt.

G.H.: Im Atomzeitalter und angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krise eine überaus düstere Prognose. Stecken wir nicht in einer fürchterlichen Sackgasse?

D.P.: Natürlich sind das überaus düstere Aussichten, Schlimmeres könnte noch bevorstehen, allein in ökologischer Hinsicht. Nun werden wir uns in Europa auch noch das amerikanische Fracking-Gas andrehen lassen, mit all seinen jetzt schon überschaubaren Folgen – der weiteren Zerstörung des Grundwasserreservoirs der Erde, der Kontaminierung von Wasser und Boden, der Gefährdung geotektonischer Strukturen, ganz abgesehen von dem absurd hohen Energieverbrauch zu seiner Produktion.

Doch sehe ich nicht, warum wir uns dadurch völlig entmutigen lassen sollten.

Die Geschichte zeigt, dass mit jeder neuen Welle von Weltkriegen, in denen sich die Widersprüche des Weltkapitalismus entluden, auch immer neue Wellen revolutionärer Prozesse, neue revolutionäre Subjekte entstanden, heranreiften, ihre Basis verbreitern konnten. Es ist zu erwarten, dass die Zuspitzung der Situation, die Verschlechterung der Lebensverhältnisse von den Bevölkerungsmassen in verschiedenen Regionen der Welt nicht unendlich lange hingenommen wird, sondern dass ihr Widerstand dagegen wachsen muss und wird. Es wird weltweit zu neuen Aktions- und Organisationsformen kommen, vielleicht sogar schneller und heftiger, als wir es bisher für möglich halten. Immer mehr Menschen werden unweigerlich begreifen, werden unmittelbar damit konfrontiert werden, dass nichts weniger als das Überleben der Menschheit auf

dem Spiel steht. Auch in unserer näheren Umgebung werden immer mehr Leute aus ihrer Bequemlichkeit und Lethargie auftauchen und sich nüchterner mit den Zuständen in der Welt befassen müssen. Wir selbst können dies nach Kräften unterstützen und befördern und sollten uns nicht in unseren Alltagsroutinen vergraben, in der Illusion, dass schon alles so weitergehen würde wie bisher.

Für Menschen, die an marxistischer Theorieentwicklung arbeiten, gibt es darüber hinaus jede Menge zu tun.

Ausgewählte Veröffentlichungen des Autors

- Patelis, Dimitrios, *Forschung, Technologie und Perspektiven einer vereinigten Menschheit*, Athen 2019 (griech.)
- D. Patelis. *On the Historical Specificity of the current stage of Capitalism and on the nature of the Era.* // CONGRESSO INTERNACIONAL MARX EM MAIO 3, 4, 5 MAIO 2012. FACULDADE DE LETRAS DA UNIVERSIDADE DE LISBOA.
- D. Patelis. *Capital accumulation, crisis and return to nature?* // B. Laperche, N. Levratto and D. Uzunidis ed., *Crisis, Innovation and Sustainable Development. The ecological opportunity*, Cheltenham, UK – Northampton, MA, USA. Published by Edward Elgar, 2012 pp. 207–230.
- Patelis, Dimitrios, *Zur Position von Kommunisten und Internationalisten zum antifaschistischen Bürgerkrieg in der Ukraine als Episode des dritten imperialistischen Weltkriegs*, Athen, 2014, russ.
- Patelis, Dimitrios, *Zur wissenschaftlichen Politologie und Analyse der Dynamik des globalen Kräfteverhältnisses*, Moskau 2014, russ.

Zu Russlands Transformation, Geschichtspolitik und Imperialismus

Joachim Hösler

Am 27.12.2021 hat das Oberste Gericht der Russländischen Föderation die zivilgesellschaftliche Organisation Memorial Society, am Tag darauf auch Memorial International, verboten. Am 24.2.2022 begann die russische Armee auf Befehl des Präsidenten Putin den Einmarsch in die Ukraine. Wie hängen diese Ereignisse zusammen?¹

Memorial ist ein Kind der Perestrojka.² Im Rahmen der 1987 in neuer Qualität beginnenden Geschichtsdiskussion kam es aus einer informellen Bewegung heraus Ende Januar 1989 zur Gründung der Organisation. Beteiligt waren 462 Delegierte aus 103 Städten. Namhafte Persönlichkeiten wie Andrej Sacharow, Boris Jelzin, Ales Adamowitsch, Danil Granin, Jewgenij Jewtuschenko, Bulat Okudschawa, Anatolij Rybakow, Michail Schatrow, Jurij Afanasjew, Roj Medwedjew und andere unterstützen die Arbeit von Memorial. Vereinnahmungsversuche der KPdSU-Führung scheiterten. Die Organisation stand von Anfang an unter Beobachtung durch die Behörden, und der Druck von außen stärkte eher die gemäßigten, vorsichtigen Kräfte: Erinnerung an die Opfer sei wichtiger als Bestrafung der Täter. Im Jahr 1991 gründete die Organisation das Menschenrechtszentrum

Memorial. Die Bilanz der Arbeit fällt gemischt aus. Als Erfolge gelten die Aufwertung des 30. Oktobers als offizieller Gedenktag für die Opfer politischer Repressionen, die Aufstellung des Solowjezkij-Steins auf dem Lubjanka-Platz in Moskau 1990, die Mitwirkung am Rehabilitierungsgesetz 1991, die Menschenrechtsarbeit seit dem ersten Tschetschenienkrieg, zahlreiche Publikationen, Vortrags- und Bildungsveranstaltungen, die Datenbank mit mehreren Millionen Opferdaten, Schülerwettbewerbe usw. Demgegenüber fällt die im Vergleich zur internationalen Popularität der Organisation geringe, tendenziell abnehmende Resonanz in Russland auf. Die Bekanntheit nahm ab. Zuletzt kannten weniger als 30 % der Bevölkerung Memorial, bei den jüngeren Erwachsenen ca. 16 %. Das Interesse am Terror in der Stalin-Zeit sank kontinuierlich und deutlich (1989: 31 %, 1994: 18 %, 1999: 11 %, 2003: knapp 3 %). Die positive Bewertung Stalins blieb hoch, ging nur leicht zurück (2003: 53 %, 2010: 51 %, 2013: 49 %). Kritiker werfen Memorial vor, sich liberalen Organisationen des Westens angeeignet zu haben, dabei auch ohne Trennschärfe nach rechts Menschenrechte von Islamisten und Neofaschisten verteidigt zu haben, wenn

1 Eine Kurzfassung dieses Beitrags ist in Forum Wissenschaft 2/2022 erschienen.

2 Zum Folgenden vgl. Joachim Hösler 1995: Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953 bis 1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte, München: 163 ff.; Evgenija Lezina 2014: Memorial und seine Geschichte, in: Osteuropa, H. 11–12: 165–176; Ulrich Schmid 2021: Anatomie einer Diskreditierung. Russlands Staatsmedien und Memorial, in: Osteuropa, H. 8–9: 225–240.

es dazu diene, die Regierung Putin zu kritisieren.³ Unzweifelhaft ist das Verbot Memorials ein Verlust für die Gesellschaft in Russland, vor allem für die gesellschaftlichen Gruppen, die Wert legen auf die Aufarbeitung der Vergangenheit, auf zivilgesellschaftliches Engagement von unten und Meinungsfreiheit. Wer die Regierung Putins dafür kritisiert, sollte bedenken, dass der Illiberalismus sich weltweit auf dem Siegeszug befindet.⁴ Das rechtfertigt die Repressionspolitik nicht, hilft aber, die Vorgänge zu erklären.

Russland ist seit Zar Peter I. im Innern geprägt von einem starken Staat gegenüber einer schwachen Gesellschaft. Der Petrinismus prägte zu Beginn des 18. Jahrhunderts Russland aus dem Mittelalter in die Neuzeit. Der Staat schwoll, das Volk schmachtete, so der Historiker Wasilij Kljutschewskij Ende des 19. Jahrhunderts. Dieses »Problemfeld«⁵ blieb für die russische Autokratie prägend bis 1917. In der neuen, mit den drei russischen Revolutionen 1905/17 beginnenden Epoche Russlands, der Epoche von Revolution und Gegenrevolution, änderte sich daran im Wesentlichen nichts. Die Sowjetzeit kennt nur drei liberale Phasen: die 1920er Jahre mit der Neuen Ökonomischen Politik, die 1960er Jahre, in denen andersdenkende, halbdissidentische Intellektuelle, die sogenannten »Schestidesjatniki«, begannen, die Klassiker des Marxismus neu zu lesen, und die späten 1980er Jahre der Perestrojka. Zweimal beendete die KPdSU-Führung diese soziale Eigenaktivität. Beim dritten Mal verlor sie die

Kontrolle über die nun systemkritischen und zentrifugalen Kräfte. Die jenseits dieser drei liberalen Phasen durchaus umfangreiche gesellschaftliche Aktivität in den Massenorganisationen blieb im Wesentlichen gelenkte, kanalisierte, formalisierte Partizipation.⁶ Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion gab es kein Innehalten, kein »Epochengespräch«:⁷ Was war das siebzig Jahre lang mit dieser Rätedemokratie und diesem Sowjetstaat, mit dessen Versprechen sich jahrzehntelang weltweit unzählige Menschen identifizierten? Was war gut, was kann weiterentwickelt werden, was sollte neu gebaut werden? Stattdessen Kriminalisierung und Abwertung all dessen, was siebzig Jahre hoch und heilig gehalten wurde. Keine Erneuerung der Gesellschaft von unten. Stattdessen von oben, geradezu in Art eines Putsches bekam die Gesellschaft eine formale Demokratie übergestülpt oder, wie der in den 1990er Jahren aufgekommene Ausdruck »Demokratisator« für Polizeiknüppel verdeutlicht, eingebleut.⁸ Dies vollzog sich unter den Bedingungen einer schmerzhaften, mit harter Wirtschaftskrise verbundenen ökonomischen Transformation von Sozialismus zu Kapitalismus, mit der Privatisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums, also der Beraubung der Gesellschaft. Ein Resonanzverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft entstand weder unter Jelzin noch unter Putin, es blieb bei einem Verfügungsverhältnis.⁹

Seit Mitte der 1990er Jahre warnten Sozialdemokraten wie Peter Glotz, Egon Bahr und

3 Andrei Daultsev 2022: Lobbygruppe für Islamisten und Nazis, in: *Unsere Zeit*, 7.1.

4 Vgl. Vanessa A. Boese 2021: *Demokratie in Gefahr?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 26–27: 24–31; Alexander Couley/Daniel H. Nexon 2022: *Der Siegeszug des Illiberalismus. Wie die Demokratie ihren Feinden in die Hände spielt*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2: 65–80.

5 Diesen Begriff prägte Andreas Kappeler 1997: *Russische Geschichte*, München; vgl. Günther Stökl 1990: *Russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart: 331 ff.; Heiko Haumann 1996: *Geschichte Russlands*, München: 218 ff.

6 Nach wie vor anregend Pjotr Fedossow 1987: *Leben in der Sowjetunion*, Heilbronn.

7 Vgl. Oskar Negt 2010: *Kant und Marx. Ein Epochengespräch*, Göttingen.

8 Siehe Jan C. Behrends 2019: *Der stille Putsch. Konturen der russischen Gegenrevolution seit den 1990er Jahren*. Vortrag bei der Bundesstiftung Aufarbeitung am 12.12.2019, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=zWd9p8hfMnI> (Aufruf am 5.4.2022).

9 Zur Begrifflichkeit Hartmut Rosa 2016: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin.

Gernot Erler, US-Strategen wie George F. Kennan, Henry Kissinger, Robert McNamara und viele andere, Politikwissenschaftler wie John Mearsheimer, Journalist*Innen wie Gabriele Krone-Schmalz und Vladimir Pozner, diese Art der Transformation, die damit einhergehende Demütigung Russlands und die Nato-Osterweiterung würden unweigerlich nationalistische, antiwestliche und militaristische Kräfte in Russland stärken.¹⁰ Genau das ist geschehen. Die Russland-Versteher behielten recht. Anders als zu Sowjetzeiten ist im heutigen Russland Antiamerikanismus weit verbreitet; die russische Intelligenz, die sich seit Peter I. immer konstruktiv auf Europa bezogen hat, ist seit Mitte der 2000er Jahre großteils auf Distanz gegangen und plädiert für ein Abkoppeln des russischen Waggons vom europäischen Zug; die Innovationsquelle Europa sei erschöpft. Russland müsse selbst für seine Sicherheit, Staatlichkeit und Imperialität sorgen, im Zweifel gegen Europa und mit Gewalt.¹¹

Diese Veränderung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse ist nicht ohne Berücksichtigung der Außenbeziehungen Russlands und der Art, wie Impulse von außen verarbeitet werden, zu erklären. Russland ist seit dem 13. Jahrhundert in seinen Außenbeziehungen geprägt von dem Wechselverhältnis zwischen Abwehr und Expansion.¹² Die föderale, aus Stadtstaaten ge-

bildete Kiewer Rus konnte im 13. Jahrhundert den Angriffen aus der Steppe nicht standhalten und zerfiel. Die nachfolgenden Machtgebilde im ostslawischen Siedlungsraum wehrten äußere Gefahren ab, indem sie die Gebiete, aus denen die Gefahr drohte, eroberten. Am geschicktesten gingen hierbei die Herrschenden im Moskauer Fürstentum vor. Bis 1667 hatten sie fast alle Gebiete, die zur Kiewer Rus gehört hatten, wieder erobert; in patriotischer Rhetorik: »Sammlung russischer Erde«. Auch die sogenannte »Mutter der russischen Städte«, Kiew, gehörte wieder zum Russischen Reich. Dessen Geschichte blieb bis zum 20. Jahrhundert von Ausdehnung geprägt. Darin steckte immer das Motiv der Abwehr. Im 19. Jahrhundert gewannen imperialistische Interessen an Bedeutung. Die Balance von Abwehr und Expansion überdauerte auch den Epochenwechsel zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Den Bolschewiki flog das russische Kaiserreich zunächst um die Ohren. Mit Kriegskommunismus, Revolutionsethos und List bezwangen sie die weiße Gegenrevolution im Innern und die militärische Intervention von außen. Sie verteidigten die Revolution, indem sie das »Vielvölkerreich« wieder zusammensetzten. Der Ende 1922 gegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde lange die internationale Anerkennung verweigert, sie wurde von außen existenziell

- 10 Vgl. Egon Bahr 1997: Die Geschichte ist anders gegangen. Vom Wandel durch Annäherung zur Osterweiterung aus Hilflosigkeit. Im Gespräch mit Günter Gaus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6: 696–703; Gernot Erler 1997: Zwischen Einbindung und Ausgrenzung. Perspektiven der NATO-Osterweiterung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8: 927–936; George F. Kennan 1997: A Fateful Error, in: New York Times, 5.2.; Henry Kissinger 2014: To settle the Ukraine crisis, start at the end, in: Washington Post, 5.3.; John Mearsheimer 2015: Why is Ukraine the West's Fault? At the University of Chicago, 4.6., unter: <https://www.youtube.com/watch?v=JrMiSQAGOS4> (Zugriff 8.2.2022); Gabriele Krone-Schmalz 2015: Interview, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=yzLiwWVZCOK> (Zugriff 8.2.2022); Vladimir Pozner 2018: How the US created V. Putin: <https://www.youtube.com/watch?v=8X7Ng75e5gQ> (Vortrag 27.9., Zugriff 2.2.2022); Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!, in: Zeit online v. 5.12.2014, unter <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog> (Aufruf 21.4.2022); Bernd Greiner 2022: Alleintäter Putin – Wie man Feuer mit Benzin löscht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3: 49–52.
- 11 Vgl. Sergej Karaganov 2021: Vom dritten Kalten Krieg, in: Osteuropa, H. 7: 15–27; Igor Torbakow 2022: Putins Russland oder: Die geistige Entkopplung von Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3: 61–66; Timofej Sergejcew 2022: Was Russland mit der Ukraine tun sollte, aus dem Russ. von Manfred Quiring, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5: 63–69, hier 69.
- 12 Zum Folgenden vgl. Kappeler 1997, Stökl 1990, Haumann 1996.

bedroht. Im Innern entstand eine »Mentalität der belagerten Festung«. Für die bundesdeutsche Osteuropaforschung, die noch auf höherem Niveau als heute arbeitete, als sie mit der Geschichtswissenschaft in sozialistischen Ländern konkurrieren musste, war klar: auch die Stalinsche Außenpolitik war von der Balance zwischen Abwehr und Expansion geprägt. Die Breschnjew-Doktrin, die in den verbündeten Staaten keine Abweichung vom sowjetischen Kurs duldet, folgte diesem Muster.¹³

Erst die Auflösung der Sowjetunion zerstörte diese Balance. 25 Millionen Russ*Innen fanden sich plötzlich im Ausland wieder. Die Russländische Föderation, flächenmäßig noch immer der größte Staat der Erde, mit elf Zeitzonen, geriet an seinen westlichen Grenzen ohne vorgelagerte Räume der Sicherheit in eine kritische Situation. Die entscheidende Frage war, wie die USA mit dem geschwächten Russland umgehen werden. In einer freundschaftlichen Art nach dem Vorbild des Marshall-Plans? Oder als Sieger, der den Verlierer büßen lässt? Der Triumphalismus der USA setzte sich bekanntlich durch. Wie neue Forschungen zeigen: in der Variante, in der die geringste Rücksicht auf Russland genommen wurde.¹⁴ Präsident Bush sen. Ende Februar 1990 zu Bundeskanzler Kohl: »Wir haben gesiegt und sie nicht. [...] Wir werden das Spiel gewinnen, aber wir müssen uns dabei clever anstellen.«¹⁵ Eines der Konzeptpapiere dieser US-amerikanischen Russ-

land-Politik trug den bezeichnenden Titel »Project for the New American Century«. Bernd Greiner dazu: »Potenzielle Rivalen sollen erst gar nicht auf die Idee kommen, regional oder global eine größere Rolle spielen zu wollen.«¹⁶ So wurde Putins beeindruckende Rede in deutscher Sprache im Bundestag am 25.9.2001 zwar mit stehenden Ovationen bedacht, doch die ausgestreckte Hand des russischen Präsidenten wurde nicht ergriffen.¹⁷

Denn am 27. Mai 1997 war der Nato ein Coup gelungen. Die Staats- und Regierungschefs der Nato-Staaten hatten den schwachen Vorgänger Putins, Boris Jelzin, dazu gebracht, einen völkerrechtlich unverbindlichen, politisch und militärisch aber bedeutsamen Vertrag zu unterzeichnen: eine Grundakte über die Beziehungen zwischen der Nato und der Russländischen Föderation. Kernpunkte darin: Nato und Russland betrachten sich nicht als Gegner, bekennen sich zu den Vereinten Nationen, zur OSZE, zur Charta von Paris; Rückführung der sowjetischen Nuklearwaffen nach Russland; Anerkennung der territorialen Unversehrtheit aller souveränen Staaten; Einrichtung eines Nato-Russland-Rates für regelmäßige Konsultation und – die Achilles-Ferse aus der Perspektive Russlands: es gebe kein »Vetorecht über die Handlungen der jeweils anderen Seite«, die Bestimmungen beschränkten nicht die Rechte der Nato und Russlands »auf unabhängige Entscheidungsfindung und unabhängiges

13 Vgl. Dietrich Geyer (Hg.) 1972: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik I 1917–1955, Köln; Gabriel Gorodetsky (Hg.) 1994: Soviet Foreign Policy 1917–1991, London 1994; Bianka Pietrow-Ennker (Hg.) 2000: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a. M.

14 Vgl. Mary Elise Sarotte 2021: Die Nato-Osterweiterung. Mehr Sicherheit für Europa oder Keim einer neuen Konfrontation? Audio-Podcast der Körber-Stiftung, unter: <https://www.koerber-stiftung.de/ecommemoration/podcasts/manuskript-mary-elise-sarotte>; David Teurtrie 2022: Ukraine-Krise – Eskalation mit Ansage, in: Le Monde diplomatique, 10.2.; Knut Mellenthin 2022: Wie alles anfang. Ein Blick zurück auf das Ende der Sowjetunion und das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine, in: junge Welt, 3.3.: 12 f.

15 Zit. nach Bernd Greiner 2021: Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München: 168.

16 Ebd.: 164. Vgl. Pozner 2018; Sarotte 2021.

17 Wladimir Putin 2001: Wortprotokoll der Rede im deutschen Bundestag am 25.9., in: https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966 (Zugriff 14.3.2022).

Handeln«. ¹⁸ Damit hat aus der Sicht des Westens Russland seinen Widerstand gegen die Nato-Osterweiterung, die zu dem Zeitpunkt längst in der schnellstmöglichen Variante beschlossen und in Vorbereitung war, aufgegeben. Zwei Jahre später begann diese Osterweiterung mit den Nato-Beitritten Polens, Tschechiens und Ungarns. Zwölf Tage danach, am 24. März 1999 wurde die Nato mit dem Krieg gegen Jugoslawien faktisch eine Angriffsallianz, die weder territoriale Integrität noch das in der Grundakte zwei Jahre zuvor beschworene internationale Recht respektiert. Die US-Regierung nahm bei ihrem nach 9/11 begonnenen »War on Terror« keine Rücksicht auf die universellen Menschenrechte. Der US-Angriffskrieg gegen den Irak 2003 basierte auf einer Lüge, erfolgte ohne völkerrechtliche Legitimation und war mit Kriegsverbrechen verbunden. 2004 wurden sieben ehemalige Sowjetrepubliken und Verbündete der UdSSR (Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Slowakei und Slowenien) in die Nato aufgenommen. In der Ukraine hatten die USA seit 1991 mit mehreren Milliarden US-Dollar liberale, unkritisch westlich orientierte, zunehmend russlandfeindliche Kräfte unterstützt, die 2004 in der Orangen Revolution tonangebend wurden. Seitdem begann die staatliche Geschichtspolitik, den seit den späten 1980er Jahren aufkommenden Stepan-Bandera-Kult auf die ganze Ukraine auszuweiten. ¹⁹ Diese Art der »Demokratieförderung« entspreche der Konzeption des erfahrenen US-

Strategen Zbigniew Brzeziński, für den die Ukraine den »geopolitischen Dreh- und Angelpunkt« darstellt, um Eurasien zu beherrschen: Mit der Ukraine drohe Russland, Eurasien zu dominieren, ohne die Ukraine verliere Russland seine Position am Schwarzen Meer, seine Sicherheit und Imperialität. Wer Eurasien beherrsche, kontrolliere knapp 75 Prozent der Weltbevölkerung und der Energievorkommen sowie »fast automatisch« Afrika, so Brzeziński. Für die US-Regierungen war und ist daher jedes Mittel recht, um Russland zu schwächen und seine Annäherung an Westeuropa zu stören. Zu diesem Zweck schwächten die USA die OSZE und stärkten die Nato. ²⁰

Die Münchner Sicherheitskonferenz erlebte am 10. Februar 2007 einen empörten und selbstbewussten Wladimir Putin: Russland sei ständig belehrt worden über Demokratie und westliche Werte, aber die Nato und die USA hielten sich selbst nicht daran. Die Versuche der USA, eine unipolare Weltordnung durchzusetzen, führten zu neuen Spannungsherden, zu militärischer Gewalt und der Schwächung der Grundprinzipien des Völkerrechts. Die Nato-Osterweiterung sei eine Provokation für Russland, ein Vertrauensbruch. Dennoch bot Putin nochmals Partnerschaft und Kooperation an. Er warb für eine multipolare, multilaterale, gerechte und demokratische Weltordnung, die »Sicherheit und Wohlstand« für alle gewährleisten würde. Wenn die Nato und die USA jedoch an ihrer Linie festhielten, werde Russland von dem

18 Gemeinsame Sicherheit im euro-atlantischen Raum. Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation vom 27. Mai 1997, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7: 890–896; vgl. Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung des KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs vom 21. November 1990, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1991, H. 1: 105–114.

19 Vgl. Frank Brendle 2014: Faschisten zum Vorbild, in: junge Welt, 20.2.; Grzegorz Rossolinski-Liebe 2017: Verflochtene Geschichten. Stepan Bandera, der ukrainische Nationalismus und der transnationale Faschismus, in: APuZ, H. 42–43: 17–22; Christian Bunke 2022: Stepan Bandera Prospekt in Kiew, in: Lunapark21, H. 57: 74 f.

20 Vgl. Zbigniew Brzeziński 1997: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim: 54; Jörg Kronauer 2014: »Ukraine über alles« Ein Expansionsprojekt des Westens. Mit einem historischen Überblick von Erich Später, Hamburg: 58 ff.; Reinhard Lauterbach 2015: Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte, Berlin: 69 ff.; Greiner 2021: 183 ff.; Sarotte 2021; Jörg Kronauer 2022: Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen, Köln: 12 ff.; Peter Wahl 2022: Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe. Beilage in: Marxistische Blätter, H. 3.

Recht Gebrauch machen, eine unabhängige Außenpolitik zu führen.²¹ Der Westen hielt an seiner doppelzüngigen Linie fest: Im Widerspruch zur Charta von Paris realisierte er 2008 die schon 1999 beschlossene Eigenstaatlichkeit des Kosovo. Im sogenannten Bukarester Beschluss 2008 bekundeten die USA ihren Willen, Georgien und die Ukraine in die Nato aufzunehmen. Für den Oberst a. D. Wolfgang Richter der »Bruchpunkt in den Beziehungen der Nato zu Russland«. Damals wurde dieser Schritt von den Regierungen in Paris und Berlin abgelehnt, doch Washington und Kiew haben das Ziel der Nato-Mitgliedschaft »quasi zementiert«.²² Die »Erosion der europäischen Sicherheitsordnung« war in vollem Gange, im Wesentlichen verursacht durch die triumphalistische Außenpolitik der USA.²³ Bernd Greiner resümiert: Wer im Kreml vor Verletzlichkeit Russlands warnte, hatte die Fakten auf seiner Seite.²⁴ Dazu gehört auch, dass westliche Politiker der sowjetischen und russischen Führung zu Beginn der 1990er Jahre mehrfach zugesagt hatten, die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.²⁵

Während der Großen Krise 2008, seit der alle Akteure in der Weltpolitik unter den Bedin-

gungen krisenhafter Stagnation und extrem ungleicher Entwicklung agieren,²⁶ kehrte Russland »auf die Weltbühne« zurück. Putin begann die angekündigte »unabhängige« Außenpolitik, indem er in den Georgien-Konflikt eingriff. Neun Tage dauerte die erste russische Militärintervention außerhalb der Russländischen Föderation. Der Staat zeigte sich als Ordnungsmacht. Und doch muss gefragt werden, ob Putin nicht in eine Falle tappte. Den Konflikt, den er von seinem Militär schlichten ließ, hatte die US-Regierung angeheizt, indem sie den starken Mann Georgiens, Micheil Saakaschwili, ermunterte, die »abtrünnigen« autonomen Gebietskörperschaften Südossetien und Abchasien wieder unter Kontrolle zu nehmen. Putin vermittelte mit seinem Eingreifen zwei Botschaften: 1. Russland verteidigt seine Interessen ab sofort wieder mit militärischen Mitteln. 2. Niemand wird es wagen, Moskau dabei zu stören.

Im Februar 2014 kam es zu einem weiteren Bruchpunkt, noch einschneidender als 2008.²⁷ Drei Außenminister der EU, Steinmeier, Fabius und Sikorski, waren nach Kiew geflogen, hatten über 26 Stunden fast ununterbrochen mit Janukowitsch und Delegierten der Maj-

- 21 Wladimir Putin 2007: Was ist aus den Garantien geworden? Rede auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München am 10. Februar (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3: 373–380.
- 22 »Seither ist der Zug in Richtung NATO-Mitgliedschaft immer schneller geworden«, so der Politologe Johannes Varwick in einem Streitgespräch mit dem Juristen Roger Näbig; die Ukraine habe seit 2008 an jedem Nato-Gipfel als Gast teilgenommen, die Nato habe etwa 10.000 ukrainische Soldaten ausgebildet und massive Militärhilfe geleistet; im November 2021 wurde ein Sicherheitspakt zwischen Ukraine und USA unterzeichnet. Siehe ntv 2022: Disput zum Umgang mit Putin. Trägt der Westen eine Mitschuld an Russlands Krieg?, unter ntv.de (Aufruf am 17.5.2022).
- 23 Wolfgang Richter 2022: Im Spannungsfeld von Nato und Russland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3: 53–60; vgl. Wolfram Wette 2022: Diesen Krieg hätte man verhindern können (Interview), in: kontextwochenzeitung.de, Nr. 572, 16.3.
- 24 Greiner 2021: 215. – Die Erhöhung der Verletzlichkeit Russlands blieb durchgängig Ziel der US-Strategie, siehe Keir A. Lieber/Daryl G. Press 2006: The Rise of U.S. Nuclear Primacy, in Foreign Affairs, H. März/April, unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2006-03-01/rise-us-nuclear-primacy> (Zugriff 21.5.2022)
- 25 Namentlich gilt dies z. B. für Manfred Wörner, James Baker und Hans-Dietrich Genscher. Vgl. Sarotte 2021; Norman Paech 2022: NATO-Osterweiterung. In: telepolis-online, 3.2.; <https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/Nato-Osterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html?icid=search.product.on-sitesearch> (Zugriff 25.3.2022); Michael Thumann 2022: Der Geschichtsvollzieher, in: Die Zeit, 24.2.; dreiteiliges Feature aus dem Jahr 2019 »Die Wurzeln des Misstrauens« von Andreas von Westphalen im Deutschlandfunk (19., 26.4., 3.5.2022) auf der Grundlage der Forschungen von M. E. Sarotte.
- 26 Frank Deppe 2017: 1917/2017 – Revolution und Gegenrevolution, Hamburg: 238.
- 27 Zum Folgenden Markus Wehner 2014: Steinmeiers Mission, in: FAZ, 23.2.

dan-Opposition verhandelt und am Ende erreicht, dass am 21.2. eine Vereinbarung von beiden Seiten unterzeichnet wurde. Seitens der Majdan-Opposition unterschrieben nicht nur drei Delegierte, sondern in einer zusätzlich anberaumten Diskussionsrunde stimmten auch 28 der 35 Mitglieder des Majdan-Rates zu und bekräftigten damit das ausgehandelte Ergebnis. Vereinbart wurden eine Verfassungsreform, vorgezogene Präsidentschaftswahlen, Untersuchung der Gewalt, Amnestie für politische Gefangene. Die Außenminister flogen ab. Die mit der Vereinbarung unzufriedenen, gewaltbereiten Gruppen des Majdan stürmten den Präsidentenpalast. Der unbeliebte, aber rechtmäßig gewählte Präsident flieht am 22.2. aus Kiew. Die EU, deren drei Außenminister zum Narren gehalten wurden, besteht nicht etwa auf Einhaltung der Vereinbarung. Sie gibt stattdessen dem Druck der US-Regierung nach. Die durch diesen Putsch an die Macht gelangte Regierung, die maßgeblich von rechtsradikalen Kräften unterstützt wurde, wird anerkannt, und nicht der gemäßigte Witali Klitschko, sondern der von den USA gesponserte, nationalkonservative Arsenij Jazenjuk wird Regierungschef. Nach westlicher Lesart eine begrüßenswerte »Revolution«, für russische Politiker ein »politisches Tschernobyl«. Eine Horrorvorstellung, diese neue Regierung kontrolliere die Krim, biete den USA einen Militärstützpunkt im Hafen von Sewastopol an, wie es ein paar Jahre zuvor schon im ukrainischen Parlament diskutiert worden ist. Putin reagierte auf den von den USA betriebenen *regime chance* nach kurzer Vorbereitung: Robust und militärisch erfolgreich ließ er die Krim annektieren und die separatistischen Gebiete im Donbass unterstützen.

Zuhause ließ er sich dafür feiern. International hagelte es Kritik, verbunden mit der Erleichterung, dass ein »moderner Krimkrieg, in den womöglich auch die USA und die EU hineingezogen würden«, vermieden wurde.²⁸

Bis hierin hat die russische Regierung die Balance zwischen Abwehr und Expansion wiederhergestellt, im Sinn der von ihr in Anspruch genommenen, vom Westen ignorierten Sicherheitsinteressen. Eine neue Qualität der Außenpolitik zeigt sich in der ersten Militärintervention außerhalb des ehemals sowjetischen Territoriums, der Bombardierung in Syrien 2015/17 ff., mit dem Söldnerkrieg in Libyen seit 2018 und der Afrika-Politik Russlands seit 2019. *Hier manifestiert sich die Transformation Russlands zu einer kapitalistischen Macht, die aus der Defensive heraus wieder an der imperialistischen Konkurrenz teilnimmt.* Die Ignoranz des Westens gegenüber eigenen Kriegsverbrechen, gegenüber russischen Kriegsverbrechen seit dem ersten Tschetschenienkrieg und gegenüber dem Krieg der Ukraine gegen die separatistischen Gebiete seit 2014 bildet den Freifahrtsschein für Putins brutale Methoden. Moskau zielte dabei mit einem informellen, nicht-annexionistischen Imperialismus auf ökonomische Penetration, Kontrolle und Gewinn. Die internationale Kritik hielt sich in Grenzen. In Moskau konnte man hören: seit wir Syrien bombardieren, spricht der Westen wieder mit uns.

Der Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt eine weitere Eskalationsstufe und neue Qualität in der russischen Außenpolitik dar. Der Angriff selbst, die Art des militärischen Vorgehens und die überwältigend einseitige Berichterstattung und Kommentie-

28 Michael Thumann 2014: Russlands Verletzung, in: Die Zeit, 27.7.; vgl. Lauterbach 2015: 83 ff.; Andreas Kappeler 2022: Kleine Geschichte der Ukraine: 334 ff.; Konrad Ege 2022: Victoria Nuland ist zurück: »Fuck the EU«, in: der Freitag, 29.4. Hierzu und zum Folgenden vgl. auch die Arte Dokumentation »Die Rückkehr des russischen Bären« von 2021. – Die Ermordung von 46 Menschen durch Rechtsradikale im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2.5.2014 ist in der Ukraine nie geahndet worden. Die Regierung lässt seit 2014 einen Krieg gegen die separatistischen Gebiete führen, der vom Westen nicht wahrgenommen wird, vgl. Ulrich Heyden 2022: Der längste Krieg in Europa seit 1945. Augenzeugenberichte aus dem Donbass, Hamburg; Unai Aranzadi 2022: Erinnerung an Odessa, in: junge Welt, 30.4./1.5.: 15f.

nung der Ereignisse erschweren eine nüchterne Analyse. Dieser Krieg ist so völkerrechtswidrig wie die meisten angeblich »humanitären Interventionen« der USA, z. B. in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien. Dem Wesen nach handelt es sich um annexionistischen Imperialismus.²⁹ Der Kriegszug ist in seiner Umsetzung verbrecherisch und selbstzerstörerisch. Es ist banal, Russland als Aggressor, die Ukraine als Opfer auszumachen. Es ist aber naiv oder verlogen auszuschließen, diese Aggression könne durch äußere Faktoren provoziert worden sein, und so zu tun, als müsse der Aggressor allein schuldig, das Opfer aber ganz und gar unschuldig sein. Cui bono? Den Blick auf diese Frage lassen sich kritische Wissenschaftler:Innen und Zeitgenoss:Innen nicht vernebeln. Die durch den russischen Angriff und die militärischen Reaktionen des Westens herbeigeführte »brandgefährliche Konstellation erinnert an Krisen vor 1914.«³⁰ Die bisherigen Waffenlieferungen an die Ukraine haben zur Verlängerung des Krieges beigetragen und ihn brutaler gemacht. Dafür bezahlen die Menschen, die nicht kämpfen können oder wollen, in der Ukraine mit ihrem Leben, ihrer Gesund-

heit, ihrer sozioökonomischen Existenz. Die US-Regierung, die zwölfmal so viel Geld für das Militär ausgibt wie Russland, hält unverändert an ihrer Strategie fest, Russland zu überfordern und zu destabilisieren.³¹ Dafür zieht sie den Krieg in die Länge. Die Gefahr der Eskalation steigt infolgedessen, es wird schwieriger, zu einem Waffenstillstand zu gelangen.³² Wer Waffenlieferungen in die Ukraine befürwortet, suggeriert, die Ereignisse seit dem 24. Februar machten die triumphalistische Politik der USA, die seit Jahrzehnten das Völkerrecht verhöhnt und Russland unter Druck setzt, ungeschehen und alle Erkenntnisse jahrzehntelanger Friedens- und Konfliktforschung seien obsolet.³³ Umso wichtiger ist es, sich nicht vom Pathos des ukrainischen Heroismus anstecken zu lassen, die Situation vernünftig zu analysieren und mit aller Kraft auf eine nichtmilitärische Lösung zu drängen.³⁴

Die Jelzin- und die Putin-Regierung haben stets Geschichtspolitik genutzt, um von innenpolitischen Konflikten abzulenken und die Loyalität zur Regierung zu festigen. Im Zuge der neuen Außenpolitik seit 2008 hat Moskau auch geschichtspolitisch aufgerüstet. Die oben

- 29 Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin 1917: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke, hg. und komm. von Wladislaw Hedeler und Volker Külöw, Berlin 2018; Rosa Luxemburg 1913: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin, Neudruck Frankfurt/M. 1966: 337 ff. passim; Willi Gerns 2015: Das Putinsche Russland. Machtverhältnisse und Politik, in: Marxistische Blätter, H. 1: 67–77.
- 30 Georg Fülberth 2022: Von Marokko nach Hiroshima, in: Konkret, H. 4: 19.
- 31 Rand Corporation 2019: Overextending and Unbalancing Russia. Assessing the impact of cost-imposing options, Washington. Vgl. Manlio Dinucci 2022: Ukraine – das stand alles im Strategiepapier der Rand Corp., in: Zeit-Fragen, 7.3.
- 32 Johannes Varwick 2022: Durch Waffenlieferungen wird Konflikt noch blutiger, in: junge Welt, 30.4./1.5.: 6; Gerhard Mangott 2022: Eine politische Lösung ist vorerst vom Tisch. Interview in: Oberhessische Presse, 21.5.: 15.
- 33 In der Atmosphäre moralischer Erregung ist sogar auf der »Insel der Vernunft« Nebel aufgezogen: unkritisch wird der monokausale Begriff von »Putins Krieg« übernommen, von einer pluralistischen Ukraine, die um Europas Werte kämpfe, fabuliert, die Verantwortung der USA für die Eskalation ignoriert, eine »zweite Wiederbewaffnung« der BRD gutgeheißen, eine autoritäre Führung des Bundeskanzlers herbeigeseht usw. Siehe Blätter für deutsche und internationale Politik 2022, H. 4 und H. 5; vgl. Jakob Augstein 2022: Benebelt von Pathos, in: der Freitag, 31.3.: 1; Johanna Henkel-Waidhofer 2022: Friedenslogik wird diffamiert, in: kontext-wochenzeitung.de, Nr. 578, 27.4.; Rolf Surmann 2022: Abdankung der Vernunft, in: Konkret, H. 5: 14–17.
- 34 Vgl. Johan Galtung 1998: Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen; Ralf Becker et al. (Hg.) 2019: Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040, 2. Aufl. Karlsruhe; vgl. z. B. auch Impulse des Bundes für Soziale Verteidigung unter <https://soziale-verteidigung.de>, der Plattform Zivile Konflikt Bearbeitung unter <https://pzkb.de>, der Informationsstelle Militarisierung unter www.imi-online.de.

skizzierten Impulse von außen haben dabei die reaktionärsten Kräfte in Russland, die aufgrund des Verlusts des sowjetischen Imperiums ohnehin Nährboden fanden, gestärkt und ihnen zur Dominanz verholfen. Das hätte nicht so kommen müssen: Während des Ersten Tschetschenienkrieges entfaltete sich in Russland eine wirkungsvolle demokratische Kritik an diesem Krieg. Diese Kritik trug maßgeblich dazu bei, dass Jelzin 1996 den Krieg beendete. Beim Zweiten Tschetschenienkrieg perlte die demokratische Kritik an der Putin-Regierung ab. Nicht nur weil diese homogener, autoritärer und brutaler als die Jelzin-Regierung war, sondern vor allem weil die Kritik in Russland kaum noch überzeugen konnte: Die Nato-Bomben auf Jugoslawien, die Nato-Osterweiterung, die westliche Unterstützung der strategisch gegen Russland gerichteten Farbenrevolutionen, die Re-Peripherisierung des östlichen Europas, die islamistischen Terroranschläge usw. Dies alles entzog der demokratischen Kritik an der aggressiven Außen- und repressiven Innenpolitik, wie sie auch von Memorial vorgetragen wurde, die Resonanz.³⁵ Seit 2012 kann die Regierung auf gesetzlicher Grundlage zivilgesellschaftliche Organisationen als »ausländische Agenten« diskreditieren. Dies wurde auch Memorial zum Verhängnis. Im Dezember 2012 ließ Putin die »Russländische Militärgeschichtliche

Gesellschaft« (RVIO) einrichten. Leiter: der habilitierte, in russischen Fachkreisen umstrittene Historiker Wladimir Medinskij. Auftrag der Gesellschaft: Bewahrung des geschichtlichen und kulturellen Erbes, Pflege des Ansehens des Militärs. Seit 2012 flossen knapp sieben Milliarden Rubel (Steuergelder und private Spenden) für vielfältige geschichtspolitische Veranstaltungen und den Bau neuer Denkmäler. Vermittelt wird – gegen den »Masochismus« der 1990er Jahre – eine heroische, idyllisierende Sicht auf die Geschichte des russischen und sowjetischen Imperiums.³⁶ Der Osteuropahistoriker Klaus Gestwa zeigt, wie umstritten Putins Geschichtspolitik auch in Russland ist, eine kommerzielle Geschichtsindustrie staatlich gefördert wird, Putin seine Außenpolitik zunehmend mit fragwürdigen Auslassungen zur Geschichte kommentiert und mit Drohgebärden versehen hat, dass aber auch die Ukraine, andere osteuropäische Staaten und die EU eine kritikwürdige Instrumentalisierung der Geschichte betreiben. Auf beiden Seiten gibt es eine »Überdosis an Geschichte«, die in den vergangenen Jahren und Monaten zur Verhärtung der Fronten beigetragen hat.³⁷

Putin weiß seit seiner ersten Amtsübernahme an der Spitze des Staates ziemlich genau, was er will. Die aggressive Eigendynamik des »Putinismus«, entstanden in der Ausein-

35 Vgl. Andreas Langenohl 2009: Demokratische Kritik in der späten Sowjetunion und im postsowjetischen Russland. Zur Neubegründung einer intellektuellen Tradition, in: Lars Karl/Igor J. Polianski (Hg.): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland, Göttingen: 41–64; Andrea Komlosy 2015: Systemtransformation als Krisenmanagement. Der RGW-Umbruch im globalen Kontext, 40 Jahre danach (1973–2013), in: Dariusz Adamczyk/Stephan Lehnstaedt (Hg.): Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Osnabrück: 337–376.

36 Hierzu und zum Folgenden Klaus Gestwa 2022: Putin, der Clitherapeut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa, in: Neue Politische Literatur 67: 15–53; vgl. Jan C. Behrends 2021: Putins negative Ukraine-Politik. Hintergründe und Analogien, in: Osteuropa, H. 7: 77–84; Novaja gazeta, 17.2.2022; Fabian Wisotzky 2022: Zurück zum russischen Imperium. Zur Geschichtspolitik Vladimir Putins, unter <https://www.rosalux.de/news/id/46055/zurueck-zum-russischen-imperium> (Aufruf am 20.5.22); Mischa Gabowitsch 2022: Von »Faschisten« und »Nazis«. Russlands Geschichtspolitik und der Angriff auf die Ukraine, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5: 55–62.

37 Vgl. Vladimir Putin 2021: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer. Dokumentation in: Osteuropa, H. 7: 51–66; Vladimir Putin 2021a: Antworten auf den Artikel, unter <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66191> (Zugriff 21.4.2022); Vladimir Putin 2022: Ansprache im russischen Fernsehen am 21.2.2022, dokumentiert in: junge Welt, 23. und 24.2.; Sergejev 2022.

andersetzung des neuen Präsidenten mit den Oligarchen und Privatisierungsprofiteuren der 1990er Jahre, seit 2008 unter diesem Begriff beschrieben und untersucht, ist nicht zu unterschätzen. Es handelt sich um ein präsidentielles politisches System mit einer formal repräsentativen, de facto gelenkten und intransparenten Schein-Demokratie, geprägt von einer Machtvertikalen, die geheimdienstlich, polizeilich und militärisch abgesichert wird. Diese Herrschaftsordnung wird von Putin und seinen engsten Vertrauten, den sog. Silowiki (russ. sila, dt. Kraft, Stärke, Gewalt), überwiegend wie Putin ehemalige Geheimdienstler, kontrolliert. Sie dient der Befriedigung der ökonomischen Interessen einer dünnen Oberschicht an Superreichen, welche die unumschränkte Macht der Funktionselite im Kreml akzeptiert. Diese Staatsoligarchen sind, wie Putin selbst, meist beides: politische und ökonomische Funktionseelite. Der Einkommensanteil des einkommensstärksten Zehntels ist nach Auflösung der UdSSR von 23 auf über 45 % gestiegen, der Einkommensanteil der Top 1 % von etwa fünf auf 20 %. Der Vermögensanteil der Top 10 % liegt bei 72 % (USA 73 %), der Top 1 % bei 43 % (USA 38 %).³⁸ Die größten Nutznießer des Putinismus sind die etwa 20.000 reichsten Personen Russlands, etwa 0,02 % der Erwachsenen.³⁹ Die ökonomische Basis dieses politischen Systems bildet der staatlich kontrollierte, auf den Verkauf fossilistischer Energie angewiesene Oligarchenkapitalismus. Dieser ist strukturell

veraltet, aber unter Putin stabilisiert durch die neuerliche Verstaatlichung der in den 1990er Jahren privatisierten, für die Infrastruktur des Landes bedeutsamen Konzerne und durch die Beendigung der massiven Kapitalabflüsse aus Russland. Im Putinismus fließen die Geldströme: Steuern, Löhne, Renten und Korruptionszahlungen.⁴⁰

Aber weder 1991 noch im Jahr 2000 war entschieden, wohin die Reise geht. Die westliche Russlandpolitik hat, indem sie Russland das Recht auf Sicherheit verweigert und auf die erfahrenen Entspannungspolitiker nicht mehr gehört hat, alles Erdenkliche zur Entwicklung dieses nach innen repressiven und nach außen aggressiven Systems beigetragen. Vor 31 Jahren habe ich die Befürchtung formuliert, Russland werde dem Modell Chiles unter der Militärdiktatur Pinochets folgen.⁴¹ Dazu ist es bislang nicht gekommen: keine faschistische Militärdiktatur, keine typisch neoliberale Wirtschaftspolitik mit entgrenzter Deregulierung der Finanzmärkte, Liberalisierung der Handelsströme, Schwächung des Staates, Privatisierung der Industrie. Aber die Überzeugung, bei der 1988/89 begonnenen Transformation handle es sich um eine Gegenrevolution, zieht notwendig die Frage nach sich, wozu drei Jahrzehnte Gegenrevolution – vor dem Hintergrund der oben skizzierten geschichtlich gewachsenen Ausgangsbedingungen und Wechselwirkung mit der Außenwelt – geführt haben.⁴² Es kann nicht darum gehen, ohne Kriterien und ohne

38 Filip Novokmet, Thomas Piketty, Gabriel Zucman 2018: From Soviets to Oligarchs – Inequality and Property in Russia 1905–2016. World Inequality Database world working paper Nr. 2017/09: 71 ff.

39 Thomas Piketty 2022: Unsere Oligarchen, in: der Freitag, 31.3. Piketty zufolge verhindern »unsere Oligarchen« wirksame Maßnahmen gegen diese Superreichen.

40 Vgl. Richard Sakwa 2012: Modernisation, neo-modernisation, and comparative democratisation in Russia, in: East European Politics, H. 1: 43–57; Marcel H. van Herpen 2013: Putinism – The slow rise of a radical right regime in Russia, Basingstoke; Walter Laqueur 2015: Putinismus – Wohin treibt Russland?, Berlin; Catherine Belton 2022: Putins Netz. Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste, 4. Aufl., Hamburg; Tatjana Stanowaja 2022: Das Regime bedroht sich selbst, unter: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/politologin-tatjana-stanowaja-wladimir-putins-stellung-ist-in-gefahr> (Aufruf am 29.4.2022); Tomasz Konicz 2022: Rackets und Rockets, in: Konkret, H. 5: 10–12.

41 Joachim Hösler 1991: Sowjet-Union perdu, in: Forum Wissenschaft, H. 3: 62 f.

42 Vgl. die bemerkenswert frühe und klare Reflexion bei Heinz Jung 1990: Abschied von einer Realität. Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR. Ein politisches Tagebuch – Sommer 1989 bis Herbst 1990,

belastbare Belege die Verwandlung Russlands in eine »faschistische Diktatur« zu behaupten, wie dies z. B. der Kiewer Politikwissenschaftler Oleksyj Semenyj tut.⁴³ Aber es gilt, ergebnisoffen und entschlossener als bisher zu untersuchen, welche Bedeutung das antifaschistische Narrativ der Putin-Regierung, radikal konservative Kräfte und profaschistische Tendenzen in Russland haben.⁴⁴ Krieg stärkt erfahrungsgemäß die rechten Kräfte. Weder in der außerordentlich konservativen und gegenüber

dem Staat schwachen Gesellschaft noch in der Business-Elite, die um ihre Pfründe fürchtet, zeichnen sich gegenwärtig Kräfte ab, die auf eine Re-Demokratisierung hinwirken könnten oder wollten.

Für zahlreiche Anregungen danke ich Dr. Johannes Klotz, Breisach am Rhein, und Uwe Krüger, Marburg.

Frankfurt/M. und die weiter ausgreifende Analyse bei Frank Deppe 2017: 1917–2017 – Revolution & Gegenrevolution, Hamburg.

- 43 Oleksyj Semenyj 2022: Standpunkt – Hätte der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhindert werden können?, unter www.bpb.de (vom 28.4., Aufruf am 23.5.).
- 44 Vgl. Mathias Wörsching 2020: Faschismustheorien. Überblick und Einführung, Stuttgart; Natascha Strobl 2021: Radikalierter Konservatismus. Eine Analyse, Berlin.

Z

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 33. Jahrgang, Nr. 130, Juni 2022, 216 Seiten

Weltordnungskrieg

Crome – *Krieg um die neue Weltordnung* / Weiß – *USA als Weltordnungsmacht* / Jaitner – *Russland: Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg* / Becker – *Sanktionen: Strategien und globale Implikationen* / Wagner – *Zeitenwende Aufrüstung* / Paech – *Krieg gegen die Ukraine - Völkerrecht als Sanktion?* / Ruf – *Zeitenwende?*

Marx-Engels-Forschung:

Rauhala – *Neue Marx-Lektüre und DDR-Debatte um Messbarkeit des Arbeitswerts* / Lietz / Schwarz – *Wert und abstrakt menschliche Arbeit in Produktion und Austausch*

Und: Karg / Laßhof – *„System Change not Climate Change“?* / Klein – *Transformatorische Regulationsweise* / Diers – *Vere Gordon Child (1892-1957)* / Leisewitz / Lütten – *Sozialstruktur der BRD 1996-2019 (III)*

Sowie: Kommentare; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (3 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 12 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 6 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 6 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift »Marxistische Blätter« sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. **(SEPA-Mandat)**

- Abo-Abbuchung jährlich
- Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats.

Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum

Unterschrift